

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0288/2018/BV

Datum:
03.09.2018

Federführung:
Dezernat III, Kulturamt

Beteiligung:

Betreff:

**Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti
und Roma e. V.
hier: Gewährung eines Investitionszuschusses und
Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln in Höhe
von 160.000 Euro in 2018**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien
beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 20. September 2018

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Be- schlussempfehlung:	Handzeichen:
Haupt- und Finanzaus- schuss	19.09.2018	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Gewährung eines Investitionszuschusses in 2018 in Höhe von 160.000 € an den Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma e. V.. Die Mittel werden außerplanmäßig im Finanzhaushalt des Kulturamtes bereitgestellt, die Deckung erfolgt im Teilhaushalt des Amtes für Schule und Bildung bei der Maßnahme Sanierung der Sporthalle der Geschwister-Scholl-Schule (8.40551710).

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
• Investitionszuschuss in 2018 (Teilhaushalt Kulturamt)	160.000 €
• einmalige / laufende Kosten Finanzhaushalt	
• keine	
Einnahmen:	
• keine	
Finanzierung:	
Außerplanmäßiger Mittelbedarf laufendes Jahr	160.000 €
Die Deckung erfolgt im Teilhaushalt des Amtes für Schule und Bildung bei der Maßnahme Sanierung der Sporthalle der Geschwister-Scholl-Schule (8.40551710).	
Folgekosten:	

Zusammenfassung der Begründung:

Der Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma e. V. hat mit Schreiben vom 30.04.2018 einen Antrag auf Finanzierung der Ausschreibung für den Architektenwettbewerb für ein geplantes Bauvorhaben gestellt.

Für die Gewährung des Investitionszuschusses und die Bereitstellung der außerplanmäßigen Mittel ist gemäß der Hauptsatzung der Haupt- und Finanzausschuss zuständig.

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.09.2018

Ergebnis: beschlossen
Enthaltung 1

Begründung:

Bedeutung und Entstehung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma

Seit seiner Gründung in Heidelberg im Jahr 1987 hat sich das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma zu einem kulturpolitischen Symbol für eine seit Jahrhunderten in Deutschland beheimatete Minderheit entwickelt. Es repräsentiert die Kultur und Geschichte der deutschen Sinti und Roma und hat sich als Facheinrichtung mit bundesweiter und internationaler Ausstrahlungskraft etabliert.

Gerade vor dem Hintergrund der Verfolgung der Sinti und Roma in der Zeit des Nationalsozialismus besteht eine besondere Verpflichtung, das Zentrum, das als Ort kritischer Auseinandersetzungen mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragestellungen internationales Renommee erworben hat, zu unterstützen. Das Dokumentationszentrum versteht sich daher von Beginn an als Ort der Begegnung und des Dialogs zu Themen der Menschenrechte. Minderheiten, die gegenwärtig Opfer von Diskriminierungen und rassistischer Gewalt sind, und Initiativen, die sich zivilgesellschaftlich gegen Rassismus und rechtes Gedankengut engagierten, sollen hier ein Forum erhalten.

Am 16. März 1997 eröffnete Bundespräsident Roman Herzog unter internationaler Beachtung in Heidelberg die weltweit erste Ausstellung zum Holocaust an den Sinti und Roma. Mit der Entscheidung, das Zentrum in einem Gebäude in der Bremeneckgasse und damit im Herzen der Heidelberger Altstadt – mit Blick auf das weltberühmte Heidelberger Schloss – unterzubringen, wurde ein politisches Signal ausgesendet und die erste große Repräsentanz der Minderheit inmitten der Stadtgesellschaft eingerichtet.

Mit einer Ausstellungsfläche von über 600 m² und Büroräumen für bis zu 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, konnte das Dokumentationszentrum im Laufe der Jahre eine international einzigartige und viel beachtete Expertise zur wissenschaftlichen und bildungspolitischen Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma in Europa aufbauen. Die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Expertise flossen in die Ausstellungen unzähliger NS-Gedenkstätten und zeithistorischer Museen ein: ob in den KZ-Gedenkstätten wie Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen und Auschwitz oder im Haus der Geschichte Baden-Württemberg, im Deutschen Historischen Museum in Berlin oder im Imperial War Museum in London.

Darüber hinaus ist das Dokumentationszentrum in zahlreichen internationalen Gremien zur Aufarbeitung des nationalsozialistischen Völkermords an Sinti und Roma und in Gedenkstätten-Beiräten vertreten: unter anderem im Internationalen Auschwitz Komitee oder der International Holocaust Remembrance Alliance. Das Zentrum berät namhafte Museen und Gedenkstätten bei der Konzipierung von Ausstellungen und bildungspolitischen Vermittlungsangeboten, zuletzt das NS-Dokumentationszentrum in München und die Dokumentation Obersalzberg.

Bauliche Anforderungen

In den zurückliegenden 20 Jahren haben sich die an das Dokumentations- und Kulturzentrum gestellten fachlichen Anforderungen verändert und stark zugenommen. Die vorhandene räumliche und technische Infrastruktur der 1980er Jahre stößt bereits seit einigen Jahren im Arbeitsalltag an ihre Grenzen. Das Gebäude und die Ausstattung des Zentrums entsprechen in vielen Bereichen nicht mehr den heutigen Standards und Anforderungen. Hier gilt es, dringend komplexe Modernisierungen in Angriff zu nehmen.

Dies betrifft beispielsweise fehlende adäquate Veranstaltungs- und Seminarräume ebenso wie Workshop- und Gruppenarbeitsräume im Ausstellungsgebäude, die zurzeit nicht gegebene vollständige Barrierefreiheit, ausreichende Sanitäreinrichtungen, eine fehlende Klimatisierung beziehungsweise konstante Temperierung von Ausstellungs- und Funktionsräumen, den Server- und Kopierraum oder auch die Sozial- und Aufenthaltsräume für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verwaltung und Ausstellung. Aufgrund der unzureichenden Klimatisierung und dem damit einhergehenden drastischen Temperaturanstieg in den Sommermonaten ist die pädagogische Arbeit in der Ausstellung zeitweise nicht oder nur stark eingeschränkt möglich. Darüber hinaus existieren für die Lagerung von transportablen Ausstellungen, Eigenpublikationen unter anderem keinerlei Depot-Räumlichkeiten. Die Anmietung einer Lagerfläche im Stadtteil Boxberg hat zwar kurzfristig Abhilfe verschafft, stellt aber keine längerfristig praktikable Lösung dar.

Veränderungen in Arbeitsbereichen und die zunehmende Tätigkeit von Praktikantinnen und Praktikanten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen haben dazu geführt, dass nicht mehr ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen und diese improvisiert zum Beispiel auf abgetrennten Teilen von Fluren eingerichtet werden müssen. Um die daraus resultierenden Einschränkungen für die wissenschaftlichen Arbeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufzuheben, ist eine Neuausrichtung der räumlichen Strukturen der Büro- und Verwaltungsräume dringend notwendig, nicht zuletzt auch unter Berücksichtigung zukünftiger Entwicklungen und Herausforderungen.

Im Rahmen einer von der Hartmann & Hauss Architekten GmbH Heidelberg im März 2018 vorgelegten Machbarkeitsstudie wurden erste Möglichkeiten für ein Umbau- und Neubaukonzept eruiert und dokumentiert, um den hier skizzierten Anforderungen und Notwendigkeiten Rechnung zu tragen.

Museale Anforderungen

Die ständige Ausstellung in Heidelberg dokumentiert den Völkermord an den Sinti und Roma in der Zeit des Nationalsozialismus. Diese gilt es, nach nunmehr über 20 Jahren, im Rahmen einer fachlich und methodisch zwingend notwendigen Neukonzeption auf den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Forschung und musealen Vermittlung zu heben sowie inhaltlich zu erweitern.

Die häufig gestellten Fragen der Besucherinnen und Besucher nach dem Leben der Minderheit vor und nach dem Nationalsozialismus bleiben im Rahmen der heutigen Ausstellung bislang offen. Die thematische Erweiterung soll daher tiefere Einblicke in die 600-jährige Geschichte der Minderheit in Deutschland geben. Dabei sollen die Menschen- und Bürgerrechte im Mittelpunkt stehen und eine vertiefte Auseinandersetzung der Besucherinnen und Besucher mit der Verfolgungs- und Emanzipationsgeschichte der deutschen Sinti und Roma ermöglichen.

Mit Wechselausstellungen sollen, noch stärker als zuvor, einzelne Themenschwerpunkte vertieft und das Kulturerbe der Minderheit vermittelt werden. Die aktuell unter anderem hierfür begonnene Erschließung, Systematisierung und Archivierung des aus wissenschaftlicher Perspektive relevanten Materials des Zentralrats und Dokumentations- und Kulturzentrums soll die entsprechende Grundlage bilden, insbesondere für die Zeit nach 1945 und die Entwicklung der Bürgerrechtsbewegung bis in unsere Gegenwart.

Des Weiteren soll die künftige Ausstellung verstärkt als Lernraum insbesondere für Jugendliche genutzt werden und Anknüpfungspunkte für den Einsatz zeitgemäßer didaktischer Methoden der Erinnerungs- und Museumspädagogik bieten.

Die besondere Herausforderung der Neukonzeption wird darin liegen, durch thematische Erweiterungen und methodische Neuerungen einerseits die Besucherinnen und Besucher nicht zu überfordern und andererseits die singuläre europaweite Bedeutung des Zentrums als zentraler Ort der Erinnerung und der wissenschaftlichen Dokumentation des NS-Völkermords an den Sinti und Roma beizubehalten.

Nicht zuletzt gilt es, das Dokumentations- und Kulturzentrum stärker als bisher auch als museale Einrichtung mit den sich daraus unmittelbar ergebenden Aufgabenfeldern Sammeln, Bewahren, Forschen und Vermitteln zu positionieren und diese Aufgaben stärker miteinander zu verzahnen. Eine Mitgliedschaft im und eine Kooperation mit dem Deutschen Museumsbund und dem ICOM (International Council of Museums) Deutschland sind für die zukünftige nationale und internationale Vernetzung daher unabdingbar.

Weiteres Vorgehen

Gemeinsam mit der Internationalen Bauausstellung Heidelberg ist die Ausschreibung für den Architektenwettbewerb geplant. Für ein internationales, 2-stufiges Wettbewerbsverfahren wird voraussichtlich mit Gesamtkosten in Höhe von 160.000 € gerechnet (80.000 € für die Ausschreibung, 75.000 € Preisgelder und 5.000 € für die Jury).

Mit Schreiben vom 30.04.2018 hat der Verein für das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma einen Antrag auf Übernahme/Finanzierung der Aufwendungen für dieses Ausschreibungsverfahren bei der Stadt Heidelberg gestellt.

Ergänzend wird mit der Wirtschaftsplanung des Vereins für 2019 auch ein Förderantrag beim Bundesministerium für Kultur und Medien (BKM) gestellt.

Erfahrungsgemäß erfolgt seitens des BKM erst eine Förderung für das gesamte Bauvorhaben (einschließlich der Planungsaufwendungen) auf Basis einer vorliegenden Detailplanung samt Kostenberechnung. Insofern ist die Beteiligung der Stadt als eine Art Vorfinanzierung zu sehen; ohne damit bereits jetzt eine abschließende Entscheidung zu treffen inwieweit eine städtische finanzielle Beteiligung an dem Bauvorhaben selbst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt.

Eine städtische Beteiligung ist nur dann beabsichtigt, wenn die Finanzierung des Gesamtvorhabens überwiegend durch den Bund und/oder das Land sichergestellt ist.

Dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma e. V. soll daher in 2018 ein Investitionszuschuss in Höhe von 160.000 € für den Architektenwettbewerb gewährt werden. Hierfür sind außerplanmäßige Mittel bereitzustellen. Die Deckung erfolgt im Teilhaushalt des Amtes für Schule und Bildung bei der Maßnahme Sanierung der Sporthalle der Geschwister-Scholl-Schule (8.40551710).

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
2	+	Kulturelle Vielfalt unterstützen
3	+	Qualitätsvolles Angebot sichern
		Begründung: Mit der Bereitstellung von Mittel für den Architektenwettbewerb wird der Beginn einer Umbaumaßnahme ermöglicht, die notwendig ist, um dem Dokumentationszentrum Zukunftsfähigkeit zu gewährleisten.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner